

In ver.di organisierte Vorsitzende und Mitglieder der Gesamtpersonalräte und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretungen der großen Großstädte in Deutschland

An den KAV
Dr. Bastian Bergerhoff
Präsident des KAV Hessen

Im Februar 2023

■ **Treten Sie an die VKA heran und fordern Sie sie auf, ein gutes Angebot zu machen.**

Sehr geehrter Herr Dr. Bergerhoff,

■ Sie werden den Auftakt zur Tarifrunde für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen (TRöD) sicherlich aufmerksam verfolgt haben und verstehen vielleicht unsere Enttäuschung darüber, dass die Verhandlungen ohne Ergebnis vertagt wurden, ohne dass die VKA skizziert hat, wie ein guter Abschluss aussehen kann.

Die Unterzeichnenden dieses Briefes arbeiten in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohner*innen und sie vertreten in den Gesamtpersonalräten die Interessen von mehr als 180.000 Kolleg*innen. Angesichts der zunehmenden Belastungen der Beschäftigten und der Schwierigkeiten der Kommunen, neues Personal zu finden, muss die Gehaltstabelle im öffentlichen Dienst deutlich angehoben werden, und das für alle Entgeltgruppen. Das wäre nicht nur im Sinne der Beschäftigten, sondern auch im Sinne der Verbesserung der Stellung der Kommunen in einem immer kompetitiver werdenden Arbeitsmarkt, den wir besonders in den Großstädten beobachten. Schwierigkeiten, Personal zu finden, sehen wir in unseren Städten mittlerweile in allen Entgeltgruppen, auch bei Bürgerdiensten, Feuerwehr, Verkehrsüberwachung, Ordnungsdiensten, den Bereichen Erziehung und Soziales sowie vielen anderen Berufsgruppen. Die Forderungen der Gewerkschaft – 10,5 Prozent Entgelterhöhung, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat, sowie 200 Euro mehr für Auszubildende, dual Studierende und Praktikant*innen und die unbefristete Übernahme von Auszubildenden – sind nicht zu hoch. Sie spiegeln auch wider, was die Beschäftigten leisten und in den letzten Jahren

geleistet haben – darunter die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge angesichts von Problemlagen wie Pandemie, Ukraine-Krieg und der Zunahme Geflüchteter, die bei uns Schutz suchen.

Hinzu kommen die hohen Teuerungsraten, die die kommunalen Beschäftigten hart treffen. Die materiellen Sorgen und die Überlastungssituation im öffentlichen Dienst wurden in Statements der VKA zwar angesprochen, beide blieben aber ohne Lösungsvorschläge. Es entsteht der Eindruck eines bloßen Lippenbekenntnisses, dem keine Taten folgen. Verstärkt wird dieser Eindruck, wenn von VKA-Vertreter*innen behauptet wird, Kommunen und kommunale Unternehmen seien von der allgemeinen Preissteigerung und steigenden Energiekosten „genauso betroffen wie ihre Beschäftigten“. Hier werden Äpfel und Birnen miteinander verglichen.

Unsere Kolleg*innen in den Bürgerdiensten und alle anderen in den unteren und mittleren Entgeltgruppen erleben derlei Statements als entwertend und als Affront. Denn eine solche Gleichsetzung zeigt, dass ihre Sorgen und Nöte überhaupt nicht verstanden werden. Inflationsraten von zehn Prozent, Gaspreise, die sich verfünffacht haben, teilweise doppelte Kosten für Lebensmittel – das bestimmt ihren Alltag. Für die fehlende Finanzausstattung der Kommunen hingegen sind die Bundesländer und in Teilen der Bund zuständig. Diese können indirekte und direkte Geldzuweisungen an Kommunen erhöhen und dafür Kredite aufnehmen oder Sonderprogramme auflegen. Durch ein Aussetzen oder Umgehen der Schuldenbremse können sie den Kommunen ausreichend Mittel zur Verfügung stellen.

In Zeiten wie diesen ist es schwer zu verstehen, dass seitens der VKA kein Angebot gemacht wird und stattdessen die Forderungen der Gewerkschaft ver.di geradezu ritualhaft mit wenig belastbaren Argumenten beiseitegeschoben werden. Machen Sie Ihren Einfluss geltend und treten Sie an die VKA heran und fordern Sie diese dazu auf, die Leistungen der Beschäftigten anzuerkennen und ein zufriedenstellendes Angebot vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Vorsitzenden und Mitglieder der Gesamtpersonalräte der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretungen des ver.di-Arbeitskreises Große Großstädte in Deutschland.

Namentlich unterzeichnen die folgenden Vorsitzenden und Mitglieder der GPR und GJAV:

Lars Hartwig
Vorsitzender – Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Anna Bothor
Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Christoph Schefers
Vorsitzender – Personalrat Stadt Dortmund

Ines Leiteriz
Vorsitzende – Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Dresden

Katharina Lang
Vorsitzende – Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Düsseldorf

Anna-Luisa Jansen
Vorsitzende – Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung der Landeshauptstadt Düsseldorf

Christian Kruse
Vorsitzender – Gesamtpersonalrat der Stadt Duisburg

Kai-Uwe Gaida
Vorsitzender – Personalrat der Stadt Essen

Christian Barthelmes
Vorsitzender – Gesamtpersonalrat der Stadt Frankfurt am Main

Thomas Schremmer
Vorsitzender – Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Hannover

Jörg Dicken
Vorsitzender – Gesamtpersonalrat der Stadt Köln

Alina Korte
Vorsitzende – Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung der Stadt Köln

Christoph Baumgart
Vorsitzender – Personalrat Stadtverwaltung Gesamtpersonalrat der Stadt Leipzig

Ursula Hofmann
Vorsitzende – Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt München

Fabian Körber
Vorsitzender – Gesamtpersonalrat der Stadt Nürnberg

Michael Ramsbeck
Vorsitzender – Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung der Stadt Nürnberg

Claudia Häußler
Vorsitzende – Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Stuttgart